

Allgemeines

Der Landkreis Regen (Auftraggeber – AG) sucht für kooperative Berufsintegrationsvorklassen (BIKV) an der Staatlichen Berufsschule Regen mit Außenstelle in Viechtach einen geeigneten Kooperationspartner (Auftragnehmer – AN), der in ausreichender Zahl qualifizierte und erfahrene pädagogische Fachkräfte und Fachkräfte zur sozialpädagogischen Betreuung stellt und in enger Zusammenarbeit mit der Schule auf der Basis der Lehrpläne und eines vom Kooperationspartner selbst erarbeiteten sozialpädagogischen Betreuungs- und Unterstützungskonzepts Bildungsarbeit leistet und eine Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt unterstützt.

Das Konzept der BIKV ist eine integrative schulische Maßnahme zum Spracherwerb und zur Anbahnung von Kompetenzen für eine erfolgreiche Berufsausbildung und für eine gelingende Integration.

Schülerinnen und Schüler

Die Berufsintegrationsvorklassen (BIKV) stehen vorrangig berufsschulpflichtigen jungen Menschen mit Flucht- bzw. Migrationshintergrund offen (Aufnahme zwischen dem 16. und 21. Lebensjahr bzw. in begründeten Ausnahmefällen bis zum 25. Lebensjahr), die einen besonderen Sprachförderbedarf aufweisen. Die Berufsschulpflicht beginnt i. d. R. drei Monate nach Zuzug aus dem Ausland in dem Schuljahr, in dem das 16. Lebensjahr vollendet wird.

Im Rahmen einer BIKV sollen den Schülerinnen und Schülern zunächst die erforderlichen Grundkenntnisse, insbesondere im Bereich der Sprache, vermittelt werden. Nach Erreichen des Klassenziels der BIKV steigen die Schülerinnen und Schüler i. d. R. in die BIK auf.

Zielsetzung

- Spracherwerb und Vermittlung grundlegender Deutschkenntnisse als übergeordnetes Ziel
- Vermittlung von Methoden- und Lernkompetenzen
- Entwicklung von Selbst- und Sozialkompetenzen durch geeignete Lernformen
- Vermittlung erster beruflicher Orientierung (u. a. durch handlungsorientierten Unterricht in unterschiedlichen Fachbereichen, Exkursionen und Betriebsbesichtigungen oder in begründeten Einzelfällen Kurzpraktika)
- Befähigung zum Wechsel in einen berufsvorbereitenden Bildungsgang, ggf. mit Erwerb eines allgemeinbildenden Abschlusses (Berechtigungen des erfolgreichen Abschlusses der Mittelschule) oder einen allgemeinbildenden Bildungsgang – in der Regel Berufsintegrationsklasse BIK

Je nach eingangs erhobenem Lernstand und individuellem Lernfortschritt erreichen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Kompetenzniveaus A1, A2 oder B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens (GER).

Die Schülerinnen und Schüler erhalten von der Schule nach Abschluss des ersten Schuljahres eine

Bescheinigung des Leistungsstands gem. § 13 Abs. 1 Satz 3 BSO. Die Schule gibt auf der Basis der Leistungsfeststellungen und im Austausch aller eingesetzten Lehr- und Fachkräfte eine Empfehlung über den weiteren Bildungsweg der Schülerinnen und Schüler ab.

Die Schülerinnen und Schüler können gegebenenfalls die BIKV wiederholen, sofern sie das Klassenziel nicht erreichen.

Personal

Der AN hat dafür Sorge zu tragen, dass für die gesamte Laufzeit des Kooperationsvertrags ein fester Personalstamm als Ansprechperson für die Schülerinnen und Schüler zur Verfügung steht.

Der AN sorgt für eine lückenlose und kontinuierliche Unterrichtsversorgung laut Stundentafel bzw. Stundenplan und stellt im Bedarfsfall jeweils geeignete Ersatzkräfte zur Verfügung.

Anforderungen an das eingesetzte Personal

Der AN setzt zur Durchführung der Maßnahme qualifizierte und möglichst erfahrene pädagogische Fachkräfte sowie Fachkräfte zur sozialpädagogischen Betreuung ein, die nachfolgende Kriterien erfüllen:

- qualifizierte und abgeschlossene Ausbildung
- Fachkräfte zur sozialpädagogischen Betreuung: einschlägiges, abgeschlossenes Studium (ersatzweise werden auch staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher - Jugend/Heimerziehung, Heilerziehungspflegerinnen und -pfleger jeweils mit einschlägiger Zusatzqualifikation und staatlich anerkannte Arbeitserzieherinnen und -erzieher anerkannt, soweit diese mindestens eine dreijährige berufliche Erfahrung mit der Zielgruppe innerhalb der letzten fünf Jahre nachweisen)
- möglichst Berufserfahrung in der Betreuung von Jugendlichen (gerne auch in einem Berufsvorbereitungsjahr) oder Inhaber der Ausbildungsbefähigung/Ausbildungsberechtigung („AdA-Schein“)
- bevorzugt praktische Erfahrung in Integrations-, DAZ- oder Alphabetisierungskursen
- Befähigung zur selbstständigen Durchführung von Sprachtests A1 und A2
- bevorzugt mit dem Einsatz prozessorientierter Lernstandserhebungen vertraut
- gemäß § 35 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) über die gesundheitlichen Anforderungen sowie die Mitwirkungspflichten gemäß § 34 IfSG belehrt worden
- keine Einträge im erweiterten Führungszeugnis

Der AN stellt sicher, dass nur Personal eingesetzt wird, das den Anforderungen des *Gesetzes für den Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention (Masernschutzgesetz)* entspricht und legt der Schulleitung eine schriftliche Bestätigung darüber vor. Die Anlage „Information und Empfehlung zur Umsetzung des Masernschutzgesetzes“ findet Anwendung.

Geeignet ist nur Personal, das die in dieser Leistungsbeschreibung aufgeführten Anforderungen und Qualifikationen erfüllt und diese über die erforderlichen Prüfungen und Berechtigungen nachweisen kann. Im Zweifelsfall oder sofern von den aufgeführten Anforderungen abgewichen werden soll, entscheidet die Schulleitung (nach Rücksprache mit der zuständigen Koordinatorin bzw. dem zuständigen Koordinator für Berufsvorbereitung der zuständigen Bezirksregierung) über die Eignung des eingesetzten Personals. Der AN verpflichtet sich, wesentliche Veränderungen in Bezug auf die Eignung und Qualifikation des von ihm eingesetzten Personals unverzüglich der Schulleitung mitzuteilen.

Der Kooperationspartner hat durchgängig für die gesamte Vertragslaufzeit festangestelltes Personal (Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte) mindestens im Umfang des vereinbarten Personaleinsatzes zu beschäftigen. Festangestellt bedeutet, dass die zwischen dem AN und seinen Mitarbeitern geschlossenen Arbeitsverträge nicht einen geringeren Zeitraum als die vorgesehene Laufzeit des Kooperationsvertrags umfassen dürfen.

Die pädagogischen Fachkräfte des AN halten Unterrichtsstunden in deutscher Sprache entsprechend den Lehrplänen bzw. Stundenplänen (inklusive der erforderlichen Vor- und Nachbereitung) unter

Beachtung der schulischen Erfordernisse. Es wird erwartet, dass sich der Unterrichtseinsatz der Lehrkräfte an der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst über die Unterrichtspflichtzeit der Lehrkräfte an beruflichen Schulen vom 12.07.1985 (KWMBI S. 102), zuletzt geändert durch KMBek vom 12.02.2012 (KWMBI. S. 129) orientiert. Neben den pädagogischen Fachkräften können auch sozialpädagogische Fachkräfte Teile des Unterrichts übernehmen und auf Basis des Lehrplans adressatengerecht Unterrichtseinheiten gestalten. Der Umfang der zur Verfügung stehenden sozialpädagogischen Betreuung bleibt davon unbeeinflusst.

Die pädagogischen Fachkräfte des AN erstellen und korrigieren die erforderlichen Leistungsnachweise gemäß den Regelungen der Schule (Verwendung des Kammerschlüssels). Nur in sehr enger Abstimmung mit den Lehrkräften der Schule werden die Ergebnisse der Klassenleitung zur Festsetzung der Noten und Zeugnisgestaltung zur Verfügung gestellt. Sie halten intensive und regelmäßige Absprachen mit den zuständigen Lehrkräften der Schule, unterstützen die Klassenleitungen, z. B. bei Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen, bei Gesprächen mit den Erziehungsberechtigten und dokumentieren ihre Tätigkeiten. In Absprache mit der Schule übernehmen sie auch Verwaltungstätigkeiten, z. B. Einträge ins Klassentagebuch.

Die Lehrkräfte des Kooperationspartners nehmen gemäß den Regelungen der Schule an Besprechungen und Konferenzen ohne Anrechnung auf die Unterrichtsverpflichtung teil.

Die sozialpädagogischen Fachkräfte unterstützen die Lehrkräfte der Schule und führen ihre Betreuungsaufgaben in enger Absprache mit der Schule außerhalb der Unterrichtszeiten durch; fundierte Deutschkenntnisse in Wort und Schrift werden vorausgesetzt.

Anforderungen an die sozialpädagogische Betreuung

Der AN hat in der BIKV für ein sozialpädagogisches Betreuungskonzept im Umfang der angegebenen Zeitstunden zu sorgen. Das gesamte Budget der sozialpädagogischen Betreuungsstunden (12 bis 17 Stunden x Anzahl beauftragte Schulwochen) ist bedarfsgerecht über die Schulwochen zu verteilen, wobei auch die Ferienwochen berücksichtigt werden können. Somit kann auch während der Ferienzeit – in Absprache mit der Schule – eine sozialpädagogische Betreuung für die Schülerinnen und Schüler gewährleistet werden. Dieses Konzept ist mit dem Angebot vorzulegen.

Im Rahmen der sozialpädagogischen Betreuung übernimmt der AN folgende Aufgaben:

- Gewährleistung gleichbleibender und kontinuierlicher Ansprechpersonen für die Schülerinnen und Schüler vor Ort; Anwesenheit eines Sozialpädagogen (täglich mindestens 15 Minuten vor Unterrichtsbeginn und 60 Minuten nach Unterrichtsschluss)
- mobile Jugendarbeit, um im Bedarfsfall, z. B. bei Schulverweigerung, sozialpädagogische und schulische Hilfe anzubieten
- zeitlich regelmäßig festgelegte Sprechstunden außerhalb der Unterrichtszeit an den Schulen
- bedarfsorientierte und ggf. klassenübergreifende Nachbetreuung der Absolventinnen und Absolventen der Berufsintegrationsklassen der Vorjahre bis zum 19. Oktober
- individuelle Einzelbetreuung nach Absprache mit den Schülerinnen und Schülern i. d. R. außerhalb der Unterrichtszeit
- Mitwirkung beim Dialog der Schule mit den Eltern bzw. Erziehungsberechtigten
- enge Zusammenarbeit sowie inhaltliche und organisatorische intensive Abstimmung mit den Klassenleitungen, den Lehrkräften und der Fachbetreuung der Schule
- sozialpädagogisches Übergabemanagement (z. B. an die örtliche Schulsozialarbeit)
- zeitlich regelmäßig festgelegte Sprechstunden außerhalb der Unterrichtszeit (Vorlage eines Präsenzplans zusammen mit dem sozialpädagogischen Konzept)
- Organisation und Durchführung der Sprachtests A1 und A2
- Übernahme bzw. Unterstützung bei Verwaltungstätigkeiten wie
 - Fahrkartenwesen (Antrag, Ausgabe Monatsmarken, Änderung bei Wohnungswechsel)
 - Statistik, Erhebungen
 - Ausweiskontrolle/-kopien, Ablaufdatum
 - Unterstützung der SuS bei der Einschreibung
- Unterstützung bei Terminen, Klärungsbedarf mit Institutionen (z. B. Jobcenter, Landratsamt,

Sozialamt, Caritas)

- Beratung bei Alltagsproblemen (z. B. Umzug, Bank)
- Konfliktlösungsmanagement (z. B. bei Lehrer-Schüler- und Schüler-Schülerproblemen)
- Erreichbarkeit durch Diensthandys

Die Fachkräfte des Kooperationspartners nehmen an den regelmäßigen Teamsitzungen und Fachkonferenzen der Schule teil. Diese dienen der Absprache im multiprofessionellen Team.

Ebenso ist die Mitarbeit und Teilnahme bei den notwendigen Aufnahmegesprächen zur Auswahl und Einstufung der jungen Asylbewerber und Flüchtlinge sowie anderer Jugendlicher erforderlich.

Außerdem sorgt das sozialpädagogische Personal des Kooperationspartners ggf. für das sozialpädagogische Übergabemanagement an die örtliche Schulsozialarbeit. Die konkrete Aufgabenverteilung erfolgt durch die Schulleitung.

Durchführungsorte, Sachausstattung

Der Unterricht findet in den Schulungsräumen der Staatlichen Berufsschule an der Hauptstelle Regen bzw. Außenstelle Viechtach statt (mit Ausnahme der extern durchgeführten Maßnahmen wie z. B. Berufsfelderprobung, (Betriebs-)Praktika, Werkstattunterricht).

Die vorhandenen Räume können vom AN in Abstimmung mit dem Schulaufwandsträger mitgenutzt werden; ein Anspruch auf zusätzliche Ausstattungsgegenstände, Materialien, usw. besteht nicht. Soweit der AN zusätzliche Geräte oder Materialien für erforderlich hält, hat er diese auf eigene Kosten selbst zu beschaffen.

Die Kosten für sämtliche Lehr- sowie Unterrichtsmittel wie z. B. Lehrbücher, Arbeitshefte oder Kopien sind vom Kooperationspartner zu tragen. Kopien für den Unterricht können nicht an der Schule angefertigt werden.

Für die Ausstattung der Büros der sozialpädagogischen Fachkräfte ist der Kooperationspartner zuständig. Die datenschutzkonforme Verwahrung der Schülerunterlagen muss gewährleistet sein.

Klassengröße

Die Klassengröße beträgt i. d. R. 16 bis 20 Schülerinnen und Schüler.

Die Klassengröße soll aufgrund der besonderen Anforderungen die Zahl von 20 SuS nicht übersteigen.

Unterrichtszeiten

Der Unterricht findet i. d. R. montags bis einschließlich freitags im Zeitraum von ca. 7:45 Uhr bis ca. 17:00 Uhr statt und darf gemäß § 10 Abs. 1 Satz 1 der Berufsschulordnung (BSO) neun Unterrichtsstunden Pflichtunterricht täglich nicht überschreiten. Im Einzelnen bestimmt die Schule die Unterrichtszeiten rechtzeitig vor Beginn der Maßnahme im Benehmen mit dem AN.

Maßnahmenumfang

In der BIKV sind 37 Jahreswochenstunden pro Klasse vorgesehen. Die Schule übernimmt davon 18 bis 37 Jahreswochenstunden. Der AN bringt **zwischen 0 und 19 Unterrichtsstunden** (à 45 Minuten) pro Woche und Klasse ein. In Absprache mit der Schule können entsprechend der Stundentafel (bzw. den Regelungen des entsprechenden KMS) Gruppenteilungen vorgenommen und Teamteaching durchgeführt werden.

Das StMUK behält sich vor, die maximale Anzahl an Jahreswochenstunden des Kooperationspartners im Rahmen des Genehmigungsprozesses zu deckeln. Die genaue Stundenzahl für den Kooperationspartner

wird vorab festgelegt (vgl. Anlage).

Die Schule gibt den Stundenplan vor. Dabei sollen die berechtigten Interessen beider Seiten und insbesondere der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt werden. Eine Blockung der Unterrichtsanteile von AN und Schule ist nicht zulässig.

Zudem ist die sozialpädagogische Betreuung durch den AN zu gewährleisten. Der Umfang der wöchentlichen Betreuungsstunden (à 60 Minuten), die der Auftragnehmer zu leisten hat, beträgt max. 17 Stunden und wird mit der Genehmigung der Klassen festgelegt. Die sozialpädagogische Betreuung hat grundsätzlich in den Räumlichkeiten der Berufsschule bzw. deren Außenstelle in Viechtach (HBSV) stattzufinden. Tätigkeiten außerhalb des Schulgeländes sind mit der Berufsschule abzusprechen. Die sozialpädagogische Einzelbetreuung findet grundsätzlich nur außerhalb der Unterrichtszeiten statt.

Ausgestaltung der Maßnahme

Der Unterricht in der BIKV findet als vollzeitschulisches Angebot auf Basis schulrechtlicher Bestimmungen (insbesondere BayEUG; BaySchO; BSO; KMS) sowie der örtlichen Rahmenbedingungen unter der Federführung der Schule statt.

Grundlage ist der aktuell gültige Lehrplan für diese Klassenform ([Lehrplan für die Berufsvorbereitung \(bayern.de\)](#)), der die folgenden Lernbereiche enthält:

- Deutsch (Basislehrplan Deutsch; vgl. [Lehrplan für die Berufsschule und Berufsfachschule – Unterrichtsfach Deutsch \(bayern.de\)](#))
- Berufliche Handlungsfähigkeit
- Mathematik
- Lebensgestaltung
- Medienwelten
- Politik und Gesellschaft sowie
- Religionslehre/Ethik (aktuell gültige Fachlehrpläne Evangelische sowie Katholische Religionslehre und Ethik für die Berufsschule und Berufsfachschule)

Der Lehrplan unterstützt die Lernprozesse vor dem Hintergrund der großen Heterogenität der SuS, die sich vor allem in ihren deutschen Sprachkenntnissen, gesellschaftlichen und kulturellen Kenntnissen, Lehr- und Lernerfahrungen sowie psychosozialen Situationen zeigt.

Die Intention ist, dass die jungen Erwachsenen zunehmend verantwortungsvoll und selbstständig handeln, um ihr (Berufs-)Leben selbstbestimmt zu gestalten. Hierzu ist eine breit aufgestellte Berufsorientierung sicherzustellen, die über das Schulprofil hinausgeht.

Die berufliche Handlungsfähigkeit ist Leitprinzip und Querschnittsaufgabe.

Der Erwerb der deutschen Sprache findet im Sinne des Unterrichtsprinzips Berufssprache Deutsch als handlungsorientierter Sprachunterricht beziehungsweise sprachsensibler Fachunterricht im Kontext der anderen sechs Lernbereiche statt und ist somit eine Querschnittsaufgabe des gesamten Unterrichts.

Die Persönlichkeits-, Demokratie- und Wertebildung sowie die Medienbildung sind weitere Querschnittsaufgaben des Unterrichts in den Berufsintegrationsvorklassen. Kompetenz- und Handlungsorientierung, Individualisierung sowie Interkulturelle Bildung sind durchgängige Unterrichtsprinzipien.

Die Zuständigkeitsbereiche der Lehrkräfte der Schule und der pädagogischen Fachkräfte des AN werden durch die Schule festgelegt. Sie werden entweder von der Schule oder vom AN oder gemeinsam übernommen.

Anforderungen an die Durchführung

- Der AN erstellt bis spätestens zwei Wochen nach Beginn der Maßnahme in enger Abstimmung mit den Lehrkräften der Schule ein teilnehmerorientiertes und binnendifferenziertes Konzept zur Vermittlung der von ihm übernommenen Lerninhalte und zur Lernbegleitung, das im weiteren Verlauf ausdifferenziert wird (didaktische Jahresplanung). Die Zuständigkeitsbereiche der Lehrkräfte der Schule und der pädagogischen Fachkräfte des AN werden zu Beginn der Maßnahme von der Schule in Absprache mit dem AN konkretisiert.
- Die pädagogischen Fachkräfte des AN unterrichten die Klasse in den von der Schule festgelegten Lernbereichen (Fächern) differenziert nach Kenntnissen und Leistungsstand in enger Abstimmung mit der Schule.
- Die zu entwickelnden Kompetenzen in den genannten Lernbereichen werden entsprechend authentischer Lebens- und Handlungssituationen miteinander verzahnt unterrichtet.
- Individuelle Lernstandserhebungen sind vom AN vorzusehen und in sehr enger Absprache mit der Schule durchzuführen.
- Die vom AN eingesetzten pädagogischen Fachkräfte stellen zum Ende des Schuljahrs in enger Absprache mit der Schule die Sprachkompetenz der Schülerinnen und Schüler fest.
- Der AN schließt für die Schülerinnen und Schüler, die ein Kurzpraktikum absolvieren, eine Haftpflichtversicherung ab.
- Ein Kurzpraktikum ist in besonderen Ausnahmefällen auch für Schülerinnen und Schüler der BIKV möglich. Der Kooperationspartner, die Schule und der Praktikumsbetrieb haben dafür Sorge zu tragen, dass die Schülerinnen und Schüler das Praktikum sicher und gesund absolvieren können. Es ist deshalb wichtig und notwendig, dass die Schülerinnen und Schüler vor, während und nach ihrem Kurzpraktikum begleitet werden – dies reicht von der unterrichtlichen Vorbereitung über den Abschluss eines Praktikumsvertrags mit geeigneten Praktikumsbetrieben, die Betreuung während des Praktikums (v. a. Besuch im Betrieb, telefonischer Kontakt) bis zur Evaluation des abgeschlossenen Praktikums.
Die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e. V. (DGUV) stellt hierzu u. a. sowohl sachbezogene als auch methodische Hilfen zu Fragen der Unfallprävention im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung eines Betriebspraktikums unter DGUV Information 202-108 „Sicherheit und Gesundheit im (Betriebs-)Praktikum“ (<https://publikationen.dguv.de/widgets/pdf/download/article/3720>) zur Verfügung. Die dort beschriebene Vorgehensweise ist durch den AN zu erfüllen.
- Die Berufsfelderprobung wird jeweils im Juli eines jeden Schuljahres durchgeführt. Ein geeignetes Konzept ist dem Angebot beizulegen.

Zusätzliche Anforderungen

Der AN wirkt bei den notwendigen Aufnahmegesprächen zum Kennenlernen und ggf. zur Auswahl und Einstufung der Schülerinnen und Schüler (Zuteilung auf die einzelnen Klassen) mit.

Durchführung von Projektmodulen außerhalb der Unterrichtszeit mit den Schwerpunkten Erwerb interkultureller Kompetenzen, Teamfähigkeit sowie Personal- und Sozialkompetenz.

Der AN organisiert und finanziert mindestens eine schulische Aktivität pro Klasse zur Förderung der Klassengemeinschaft mit einem geeigneten (z. B. erlebnispädagogischen) Programm. Es ist darauf zu achten, dass sich die schulische Aktivität an den Lehrplaninhalten orientiert bzw. mit dem Lehrplan vereinbar ist. Zudem soll die ganze Klasse an der schulischen Aktivität teilnehmen. Bei der Angebotskalkulation wird für die Durchführung der schulischen Aktivitäten ein Betrag von pauschal 750,00 € pro Klasse angesetzt. Hiervon können schülerbezogene Kosten für Verbrauchsmaterial, Fahrtkosten, Eintrittsgelder und ggf. Übernachtungskosten bestritten werden. Im Abschlussbericht sind die durchgeführten Aktivitäten aufzulisten, die entstandenen Kosten in der tatsächlichen Höhe anzugeben und entsprechend nachzuweisen. Diese werden bis maximal 750,00 € pro Klasse anerkannt und nach Vorlage der Nachweise zusammen mit der Schlussrate ausbezahlt. Nicht nachgewiesene Mittel werden nicht erstattet. Der maximale Fördersatz für die jeweilige Klassenart darf inkl. der schulischen Aktivität nicht überschritten werden. Zeiten, in denen das Personal des AN die Schülerinnen und Schüler

während der Aktivität betreut (d. h. ohne Vor- und Nachbereitung sowie ggf. Nachtzeiten), werden zu den maßgeblichen Stundensätzen der Ausschreibung anerkannt. Werden durch die Dauer der schulischen Aktivität Mehrleistungen des Personals erbracht, können diese während des übrigen Schuljahres mit Fehlstunden verrechnet werden. Eine Vergütung von Mehrleistungen über den Maßnahmenumfang hinaus am Ende der Vertragslaufzeit ist nicht möglich. Die Durchführung der schulischen Aktivität ist nur nach Absprache und schriftlicher Genehmigung durch die Schulleitung möglich.

Zusätzlich sind folgende Vorgaben zu beachten:

- Über die genannten Bereiche Fahrtkosten, Eintrittsgelder und Übernachtungskosten hinaus können keine Ausgaben erstattet werden.
- Unter Eintrittsgelder fallen auch Honorare oder Kosten insbesondere für Trainer, Stadtführer oder Dozenten, die für die Durchführung der Aktivität erforderlich sind.
- Verpflegungskosten werden grundsätzlich nicht anerkannt (Ausnahme: Frühstück in Verbindung mit einer Übernachtung; Lebensmittel für Kochprojekte).
- Kosten für Materialien – ausgenommen Verbrauchsmaterialien – werden grundsätzlich nicht übernommen.

Im Vorfeld der schulischen Aktivität ist ein Konzept mit Kostenkalkulation zur pädagogisch-inhaltlichen Prüfung bei der Koordinatorin bzw. dem Koordinator für Berufsvorbereitung der jeweiligen Regierung vorzulegen und eine Genehmigung für die Durchführung einzuholen.

Die Fachkräfte des AN halten intensive und regelmäßige Absprachen mit den zuständigen Lehrkräften der Schule. Für diese Abstimmung des AN mit der Schule muss durchschnittlich eine Stunde pro Woche und Fachkraft einkalkuliert werden. In diesem Rahmen kann der AN auch seine Kompetenz in konkreten Fragen in Bezug auf die Zielgruppe an die Lehrkräfte der Schule weitergeben. Eine gesonderte Vergütung für Abstimmungen sowie Vor- und Nachbereitung wird nicht gewährt.

Flexible Beschulungsmodelle (Wechselbeschulung)

Sofern – insbesondere bedingt durch personelle oder räumliche Engpässe – nicht ausreichend Klassen gebildet werden können, um die o. g. Klassengröße zu erreichen, kann mit Genehmigung des StMUK eine sog. Wechselbeschulung eingerichtet werden. In diesem Fall werden weitere Schülerinnen und Schüler aufgenommen und die Klasse in mehrere Gruppen eingeteilt, deren Größe sich an der o. g. Klassengröße orientiert, die dann im Wechsel beschult werden. Vom AN sind in diesem Fall weiterhin nur die vertraglich vereinbarten Stunden zu leisten.

Allgemeine Leistungspflichten des AN

Der AN arbeitet in enger Abstimmung mit der Schule zusammen und bringt seine Erfahrungen in der Jugendarbeit und im Besonderen in der Arbeit mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein. Der AN nutzt seine guten Kontakte zu den relevanten örtlichen Behörden und Einrichtungen bzw. baut diese schnellstmöglich auf und pflegt diese. Er nutzt seine guten Kenntnisse des regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarktes bzw. verschafft sich diese schnellstmöglich.

Der AN sorgt für die erforderliche Arbeitsausstattung des eingesetzten Personals, insbesondere die Ausstattung des Personals mit Laptop, Drucker und Diensthandy sowie die ggf. erforderliche zusätzliche Raumausstattung, und führt in begründeten Einzelfällen die Akquise von Plätzen für Kurzpraktika durch.

Der AN sorgt für eine lückenlose Unterrichtsversorgung/sozialpädagogische Versorgung laut Stundentafel bzw. Stundenplan bzw. Präsenzplan und versichert, dass im Bedarfsfall jeweils geeignete Ersatzkräfte zur Verfügung stehen; gibt eine eventuelle Verhinderung einer Fachkraft der Schulleitung rechtzeitig bekannt und nennt dabei die Ersatzperson. Der Präsenzplan der sozialpädagogischen Fachkräfte ist der Schulleitung jeweils zu Beginn eines Schuljahres vorzulegen.

Der AN hält die datenschutzrechtlichen Bestimmungen ein, unterstützt Kontrollen der Prüfungsorgane des Freistaats Bayern im Rahmen des Projektes und bewahrt die mit der Maßnahme im Zusammenhang

stehenden Belege für mindestens fünf Jahre nach Abschluss der Maßnahme auf.

Der AN legt zu Beginn der Schule für die Lehrkräfte und die weiteren Fachkräfte sämtliche Unterlagen, insbesondere die entsprechenden Ausbildungs- bzw. Studiennachweise und erweiterte Führungszeugnisse, unaufgefordert vor. Gleiches gilt im Fall eines personellen Wechsels. Auch im Vertretungsfall dürfen nur Fachkräfte eingesetzt werden, welche der Schule bekannt sind und deren Qualifikation seitens des Kooperationspartners nachgewiesen wurde.

Der Kooperationspartner übernimmt für die SuS an den Werkstatttagen sowie den Praktika in den Betrieben den Haftpflicht- und Unfallversicherungsschutz.

Dokumentationspflichten des AN

Alle Unterrichtseinheiten sowie der Verlauf der Maßnahme werden, um eine Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten, durch den AN schriftlich festgehalten. Zudem werden die Schülerbewegungen laufend in geeigneter Form digital dokumentiert und ausgewertet.

Darüber hinaus umfasst die Dokumentation des AN folgende Teilbereiche:

- Dokumentation der Lernstandserhebungen zu Beginn der Maßnahme
- Dokumentation der individuellen Lernfortschritte während der Maßnahme
- Dokumentation von (Betriebs-)Praktika erfolgt in Absprache mit der Schule durch die Führung einer Anwesenheitsliste und eines Tätigkeitsnachweises
- Dokumentation der geleisteten Unterrichts- und Betreuungsstunden
- Dokumentation zum Berufsorientierungsprogramm
- Dokumentation der schulischen Aktivität
- Der AN erhebt zum Schuljahresende des jeweiligen Schuljahres sowie zum 19. Oktober nach Abschluss der Maßnahme den voraussichtlichen bzw. aktuellen Verbleib der Schülerinnen und Schüler und meldet die Daten an die Schule. Zum Schuljahresende erfolgt die Erhebung i. d. R. im Rahmen eines Abschlussgesprächs, die Abfrage zum 19. Oktober erfolgt i. d. R. telefonisch.

Aufbewahrung durch den AN

Der AN bewahrt die mit der Maßnahme im Zusammenhang stehenden Belege für mindestens fünf Jahre nach Abschluss der Maßnahme auf. Hierzu gehören die zahlungsbegründenden Unterlagen, insbesondere die Stundennachweise und der Abschlussbericht samt Anlagen. Bei der Aufbewahrung sind alle datenschutzrechtlichen Vorschriften einzuhalten.

Kommunikation

Die Kommunikation zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer (Kooperationspartner) erfolgt ausschließlich mündlich wie schriftlich in deutscher Sprache.

Vergütung – Abrechnung/Preiskalkulation

Der AN ist für die Beschaffung der Lehrmittel selbst verantwortlich. Ein Kostenersatz durch den AG erfolgt nicht. Die Kosten sind in den Angebotspreis miteinzukalkulieren. Gleiches gilt für etwaige Kopierkosten und die Organisation einer schulischen Aktivität.

Abschlagszahlungen können vom AN in angemessener Höhe entsprechend dem Projektfortschritt verlangt werden.

Die Schlussrechnung ist unmittelbar nach Schuljahresende vorzulegen.

Die Schlusszahlung erfolgt nach Vorlage der Schlussrechnung und Vorlage des sachlichen Berichts im

Rahmen der Verwendungsbestätigung sowie der Bestätigung der Schulleitung, dass der Vertrag ordnungsgemäß durchgeführt worden ist.

Vom Bieter ist ein Pauschalangebot abzugeben, das sämtliche Kosten und Nebenkosten enthält.

Bei Erstellung des Angebotes ist von der Erbringung der lt. Stundentafel vorgegebenen Unterrichtsstunden (à 45 min) und sozialpädagogische Betreuungsstunden (à 60 min) auszugehen.

Der Auftraggeber gibt für den Zuschlag pro Klasse und Schuljahr eine verbindliche Preisobergrenze vor:

- Pädagogische Fachkraft: 53,00 € inkl. Umsatzsteuer pro Unterrichtseinheit (45 Minuten)
- Sozialpädagogische Fachkraft: 55,00 € inkl. Umsatzsteuer pro Stunde (60 Minuten).

Darin sind jeweils die 750,00 € für die Durchführung der schulischen Aktivität enthalten.

Angebote, deren Preis über dieser Grenze liegt, werden von der Wertung ausgeschlossen.

Einziges Zuschlagskriterium ist bei vorliegender und nachgewiesener Eignung anhand der o. g. Kriterien der Preis inkl. Umsatzsteuer. Wenn aus umsatzsteuerrechtlichen Gründen vom Bieter keine Umsatzsteuer berechnet wird, gilt bei seinem Angebot der Endpreis ohne Umsatzsteuer.

Sollte es in einem Schuljahr zur Bildung von mehreren Klassen kommen, wird der im Angebot abgegebene Preis pro Klasse und Schuljahr zur Berechnung des Entgelts mit der Anzahl der Klassen multipliziert.

Bei Vertragsverlängerung um ein weiteres Schuljahr gelten die im Angebot abgegebenen Konditionen.